

164 F 2253/25

Absender:

An das
Amtsgericht Kreuzberg
Hallesches Ufer 62
10963 Berlin

Amtsgericht Kreuzberg		
Eing.	17. Feb. 2025	
div. Anf.	Abschr.	€ Sch

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Antragsteller/in:

☒ Frau	☐ Herr
Name: Reimer geb. Kiepe	Vorname: Gabi
geb. am: 11.05.1982	Staatsangehörigkeit: D
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
12685 Berlin	
gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Wollitzer Str. 2 bei Kiepe	
Telefon	
0176/31650218	

gegen

Antragsgegner/in

☐ Frau	☒ Herr
Name: Reimer	Vorname: Christian Bernd
geb. am: 27.12.1976	Staatsangehörigkeit: D
Straße, Hausnummer	
Wittenburger Str. 9-1	
PLZ, Wohnort	
12685 Berlin	
gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Telefon	
01523 3551109	

- ☐ **Durch einstweilige Anordnung** soll gemäß § 2 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in

.....
d. Antragst. sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen, die Wohnung sofort zu verlassen und dass d. Antragsgeg. d. Antragst. sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel herauszugeben hat.

- ☒ **Durch einstweilige Anordnung** soll gemäß § 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. es vorläufig zu unterlassen hat,
die Wohnung d. Antragst. in

Wörlitzer Str. 2, 11685 Berlin bei KCB,
zu betreten und sich im Umkreis von 50 Metern der Wohnung d. Antragst. aufzuhalten,

- ☒ sich der Arbeitsstelle d. Antragst. in

Reue Markt, Hauptbahnhof, Europaplatz 1, 10551 Berlin
auf eine Entfernung weniger als 50 Meter zu nähern,

- ☒ in irgendeiner Form Verbindung z. Antragst. etwa durch Ansprache, Telefonat, Fax, E-Mail oder SMS aufzunehmen,

- ☒ sonst ein Zusammentreffen mit d. Antragst. herbeizuführen und sich d. Antragst. weniger als 50 Meter zu nähern bzw. bei einem zufälligen Zusammentreffen diesen Abstand nicht sofort wieder herzustellen.

- ☒ D. Antragsteller/in wird Verfahrenskostenhilfe bewilligt.
D. entsprechenden Unterlagen

☒ werden unaufgefordert nachgereicht. ☐ liegen an.

Gründe für meinen Antrag:

- ☒ **Zur Schilderung des aktuellen Vorfalls** verweise ich auf die beigelegte Anlage.

- ☒ Ich habe am 7.1.25, 15.2.25, 16.2.25 Anzeige bei der Polizei wegen

Nötigung, Stalking 2x
erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.

Die Vorgangsnummer lautet: 250107-1200-037722

Eine Kopie der Bestätigung der Aufnahme der Anzeige

☐ reiche ich unaufgefordert nach. ☒ habe ich beigelegt.

☐ Die Polizei hat ein Betretungsverbot der Wohnung für d. Antragsgegner/in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

☐ JA, bis zum ☒ NEIN.

☐ Ich lebe mit d. Antragsgegner/in dauerhaft zusammen.

☐ JA, seit dem ☐ NEIN.

☒ JA, aber seit dem 19.12.2024 nicht mehr.

☐ Ich habe mit d. Antragsgegner/in gemeinsame minderjährige Kinder

☐ JA ☒ NEIN.

Wenn JA bitte Daten der Kinder angeben.

Kind ☐ weitere Kinder siehe Anlage Kinder

☐ weiblich

☐ männlich

Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	

☐ weiblich

☐ männlich

Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	

☐ **Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall** gab es bereits Probleme. D. Antragsgegner/in hat mich in der Vergangenheit

☐ geschlagen Wann:

Wie häufig:

Verletzungen:

☒ bedroht/
belästigt

Wann: *Siehe Anlagen*

Wie häufig:

Art der
Bedrohung/
welche Worte

Feld zur Niederschrift der Gründe (aktueller Vorfall):

Wann fand der aktuelle Vorfall statt?

Wo fand er statt?

Wie sieht die aktuelle Belästigung aus? – bitte genau schildern –

(z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, wohin, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen wohin; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

Siehe Anlagen

☒ Ich reiche folgende Anlagen als Beweis ein:

			ärztliches Attest vom
			e Mail WhatsApp Nachrichten
			Aufzeichnung der empfangenen Nachrichten

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Gesetzestext § 156 Strafgesetzbuch:

§ 156 StGB

„Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Berlin, den 17. 2. 25

Gabi Kimm
Unterschrift d. Antragst.